

Wirtschaftsnews Westafrika 2017

Benin 27.12.2017

Port of Antwerp International (PAI), die Beratungs- und Investmenttochter von Port of Antwerp, ist vom Ministerrat des westafrikanischen Landes Benin mit der Modernisierung des Hafens Cotonou beauftragt worden. Vorübergehend wird das Management des Hafens aus Belgien übernommen.

Den Angaben zufolge werden in Cotonou jährlich rund 12 Mio. t Güter umgeschlagen. Langfristig strebt die Hafenbehörde jedoch ein Wachstum des Hafens an. Die Infrastruktur und die Organisation entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Die Regierung Benins hatte daher entschieden, die Verwaltung des Hafens vorübergehend nach Belgien auszulagern. Westafrika hat nach Angaben der Belgier eine hohe Bedeutung für Antwerpen. Von dort gebe es die meisten Direktverbindungen aller nordwesteuropäischer Häfen nach Westafrika. Dies entspreche einem Marktanteil von fast 50 %. Der Hafen von Cotonou hat eine strategische Bedeutung für die Region und ist einer der wichtigsten Verbindungen für Westafrika, vor allem nach den Staaten Burkina Faso, Niger und Mali. Um diese Position weiter auszubauen und zu stärken, hat die Regierung nun beschlossen, die Verwaltung des Hafens vorübergehend auszulagern, damit eine reformierte Hafenbehörde mit den umliegenden Häfen voll konkurrieren kann.

Burkina Faso 06.02.2017

Neue Islamisten-Gruppe taucht auf und verbreitet Angst

Eine neue radikal-islamistische Gruppe ist im Norden Burkina Fasos aufgetaucht und hat dort durch bewaffnete Überfälle auf Schulen von sich reden gemacht, wie die Zeitung International Business Times aus Indien berichtet. Die Gruppe werde der Al-Qaida-Strömung zugerechnet und habe bereits in anderen Teilen Afrikas für Angst gesorgt. Die Gruppe verlange unter Gewaltandrohung, dass die Lehrer die Unterrichtspläne änderten. Teilweise seien Bewohner aus den Dörfern schon geflüchtet. Die Gruppe werde von dem radikalen Muslimführer Malam Ibrahim Dicko geleitet. Nach Experteneinschätzung sei dies eine sehr kleine Gruppe, die eventuell mehr bluffe als tatsächlich über ausreichend Kämpfer und Waffen verfüge, um ihre Drohungen auch umzusetzen. In Nord-Burkina-Faso bestehe aber ein sicherheitspolitisches Vakuum, da der Zentralstaat dort schwach sei und es für bewaffnete Kräfte leicht sei, dort Stärke zu zeigen.

Côte d'Ivoire 14.01.2017

Konsumdeflation liegt bei Minus 0,2 Prozent im Jahresvergleich

Die Konsumdeflation hat den Wert von Minus 0,2 Prozent im Jahresvergleich zum Dezember 2016 erreicht, während der November noch eine Inflation von 0,4 Prozent aufgewiesen hatte, wie Reuters meldet. Nahrungsmittel und Soft Drinks seien teurer geworden, während Transport und Nebenkosten für Wohnungen gestiegen seien.

Côte d'Ivoire 21.02.2017

Air Côte d'Ivoire will fünf A320 mit Internet bestücken

Bis 2019 will Air Côte d'Ivoire fünf Maschinen des Typs A320 Airbus mit Internet bestücken und zu diesem Zwecke die Firma SITAONAIR beauftragen, berichtet Air Transport News auf seiner Webseite im Februar. Die westafrikanische Fluglinie wolle Internet ONAIR und Mobile ONAIR Systeme installieren. Der Direktor der Fluggesellschaft, René Decurey, verwies auf die Wünsche der Passagiere, die auch im Flugzeug im Netz sein wollten. Air Côte d'Ivoire ist die nationale Fluggesellschaft mit Sitz in Abidjan und Basis auf dem Flughafen Abidjan. Air Côte d'Ivoire wurde 2011 als Nachfolgegesellschaft der Air Ivoire gegründet. Die Gesellschaft wurde mithilfe der Air France aufgebaut, daher besteht die Flotte grösstenteils aus Flugzeugen der Air France und deren Tochtergesellschaft Hop!. Die Inhaber der Gesellschaft sind der Staat Côte d'Ivoire mit 65 Prozent, Air France-KLM mit 20 Prozent und Aga Khan

Fund for Economic Development mit 15 Prozent.

Gambia 05.03.2017

Friedensstiftung war Finanzierungsquelle für Yahya Jammeh

Die Jammeh Stiftung für Frieden ist eine Finanzierungsquelle für die Privatperson Yahya Jammeh gewesen, keine Stiftung, die tatsächlich Projekte verwirklicht habe, berichtet Reuters. Die Stiftung des gambischen Ex-Präsidenten soll nach Bankdokumenten nur zur Finanzierung der Privatperson Yahya Jammeh gedient haben. Eingenommen habe die Stiftung US-\$ 8 Mio. zwischen 2012 und 2013, dieser Betrag sei auf das Konto der Stiftung bei der gambischen Finanzinstitut Trust Bank eingezahlt worden. Die Hälfte dieser Summe sei dann wieder in Bar abgehoben worden, hat die Nachrichtenagentur Reuters herausgefunden. Was mit dem Geld im Anschluss geschehen sei, habe Reuters nicht ermitteln können.

Ghana 05.03.2017

Regierung geht von 6,3 Prozent BIP 2017 aus

Die Regierung Ghanas geht für 2017 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6,3 Prozent aus, wobei das Nicht-Öl-Wachstum den Wert von 4,6 Prozent erreiche, berichtet Ghana News auf seiner Webseite im März. Nach Zusammenfassung der ersten drei Quartale von 2016 ergebe sich ein hochgerechnetes Wachstum von 3,6 Prozent für 2016.

Guinea 14.01.2017

Arbeiter bei AngloGold Ashanti streiken für Zulagenauszahlung

Bergleute der südafrikanischen Minengesellschaft AngloGold Ashanti sind wegen nicht ausgezahlter Zulagen Ende Dezember in einen Streik getreten und haben den Abtransport von Gold verhindert, berichtet Reuters. Die Bergleute begründeten ihren Streik mit einer Zulagenzahlung, die gewöhnlich Ende des Jahres anstehe, aber nach Angaben der Bergleute ausgeblieben sei. Ein Bergmann habe gegenüber Reuters erklärt, die Bergleute forderten zudem die Ablösung des gegenwärtigen Minendirektors. Die Minengesellschaft habe sich nicht zu dem Streik geäußert. Die Mine Siguri produziere pro Jahr 300.000 Unzen Gold und ist die einzige Mine, die AngloGold Ashanti in Guinea betreibe.

Liberia 21.02.2017

Infrarstrukturschwäche schadet der Wirtschaft

Nach Darstellung des Infrastrukturbevollmächtigten Liberias, George Wisner, leidet Liberia unter einem Mangel an Infrastruktur, welcher die Wirtschaft ausbremse, informiert Frontpage Africa im Februar. Investitionen in die Infrastruktur und die Nutzung qualitativ hochwertiger Technik solle die Position des westafrikanischen Staates verbessern. Wisner bezifferte die Investitionsausgaben auf mindestens US-\$ 300 Mio. bis US-\$ 500 Mio. pro Jahr. In dieser Größenordnung müsse über einen Zeitraum von zehn Jahren investiert werden, damit das Land einen Mindeststandard im Bereich der Infrastruktur erreiche. Gegenwärtig gebe die Regierung pro Jahr US-\$ 100 Mio. aus, was nach Ansicht von Wisner nicht ausreichend sei. Er empfahl öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), um den Aufgaben gerecht werden zu können und den Begrenzungen durch die staatlichen Haushalte zu entgehen. Um die Landwirtschaft beispielsweise besser entwickeln zu können, benötige es Strassen, Schienen, Seehäfen, Elektrizität, Kabel für Internetkapazität und Flughäfen. Diese Elemente müssten verfügbar sein, damit sich die Wirtschaft Liberias tatsächlich entfalten könne. Investitionen in die Infrastruktur müsse die Regierung daher auch mit ÖPPs angehen.

Mali 14.01.2017

Mali hat 2016 50,9 Tonnen Gold produziert

Mali hat 2016 50,9 Tonnen Gold produziert und somit den Vorjahreswert von 50,5 Tonnen übertroffen, meldet Reuters im Januar. Die Produktionssteigerung solle durch Verbesserungen in der Syama-Mine erreicht worden sein. Mali ist nach Südafrika und Ghana

der drittgrößte Goldproduzent in Afrika. Die industriell hergestellte Goldproduktion habe 46,9 Tonnen erreicht und somit einen Anteil von 92,1 Prozent. Unabhängige und Kleinstproduzenten hätten einen Anteil von 7,85 Prozent. Das Ministerium für Bergbau geht davon aus, dass 2017 eine Goldproduktion von 60 Tonnen erreicht werde. Dies werde durch neue Bergwerke möglich sein.

Nigeria 06.03.2017

Handelbilanz im Plus im vierten Quartal

Nachdem sich die nigerianischen Exporte im vierten Quartal mehr als verdoppeln konnten, ist die Handelsbilanz ins Plus gegangen, berichtet Reuters Anfang März. Dies sei der erste positive Trend für das westafrikanische Land. Jedoch sei die Wirtschaft 2016 um 1,5 Prozent zurückgegangen, womit allerdings der Durchschnittswert fürs ganze Jahr beziffert werde. Mit einer schwachen verarbeitenden Industrie, konsumiere Nigeria die meisten Importe. Die Importe seien auf den Stand von US-\$ 7,6 Mrd. angewachsen, allerdings seien die Exporte anteilig um 53,5 Prozent gewachsen. Das Handelsbilanzdefizit für das Jahr 2016 betrage ein Minus von US-\$ 953 Mio. - mit stabilen Öl-Preisen und der OPEC-Regelung könne sich die Handelsbilanz Nigerias aber in 2017 weiter verbessern.

Quelle: Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V

Wirtschaftsticker 2017

Côte d'Ivoire 02.11.2017

Neues Wasserkraftwerk in Soubré eingeweiht

Der ivoirische Präsident Alassane Ouattara hat das neue Wasserkraftwerk Soubré im Südwesten der Côte d'Ivoire eingeweiht.

Der vier Kilometer lange Staudamm wird mit seinen vier Turbinen jährlich 275 Megawatt Strom erzeugen, die dem bestehenden 2.000-MW-Stromnetz hinzugefügt werden sollen. Mit einem Kostenaufwand von 331 Milliarden CFA-Franc (500 Millionen Euro) wurde der 2013 begonnene Bau zu 85% von China finanziert. Die erste Turbine wurde bereits im Juni in Betrieb genommen.

"Unser Land hat sich 2015 im Rahmen der Pariser Klimaabkommen (COP 21) verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen für alle Sektoren zusammen um 28% um 20% zu senken. Das Wasserkraftwerk von Soubré, das erneuerbare Energie erzeugt, trägt dazu bei, dieses Ziel zu erreichen.", sagte Präsident Ouattara während der Einweihungszeremonie. "Das Soubré-Staudammprojekt ist eines der emblematischsten Projekte der Zusammenarbeit zwischen China und der Elfenbeinküste", sagte der Vertreter des chinesischen Botschafters bei Abidjan Wang Yu.

Soubré ist das leistungsstärkste Wasserkraftwerk in der Côte d'Ivoire. Dieses Projekt erhöht den Anteil erneuerbarer Energien auf 45%. Vor Soubré wurden 75% der Stromversorgung in Côte d'Ivoire durch Wärmeenergie gedeckt, der Rest ging an Staudämme. Die Côte d'Ivoire als führende Wirtschaftsmacht im frankophonen Westafrika ist seit dem Ende der tödlichen Krise nach den Wahlen von 2010-2011 am Wiederaufbau ihres Stromnetzes beteiligt. Die Regierung plant, bis 2030 fast 16 Milliarden Euro in den Sektor zu investieren, die größtenteils vom privaten Sektor finanziert werden sollen. Abidjan will seine derzeitige Stromproduktion (2.000 MW) bis 2020 verdoppeln.

25.08.2017

Illegale Medikamente in Westafrika beschlagnahmt

Ein internationales Ermittlerteam hat in Westafrika illegale Medikamente im Wert von rund 18,5 Millionen Euro beschlagnahmt. Bei Razzien durchsuchten Polizei, Zoll und

Gesundheitsbehörden in sieben Ländern Märkte, Läden, Apotheken, Warenlager und illegale Fabriken, wie die internationale Polizeiorganisation Interpol am Freitag in Lyon mitteilte. Dabei fanden die Ermittler 41 Millionen Tabletten und 13000 Kartons mit illegalen pharmazeutischen und medizinischen Waren. Darunter waren Antibiotika, Malaria-Medikamente und Schmerzmittel. Ermittelt wird gegen etwa 150 Personen, von denen mehrere festgenommen wurden. Interpol hatte die Operation koordiniert, die unter anderem Mali, Burkina Faso, Niger und Nigeria betraf.

19.07.2017

1260 Kilometer lange Handelsader in Westafrika wird modernisiert

Eine 1260 Kilometer lange Zugverbindung zwischen Burkina Faso und der Côte d'Ivoire wird in den kommenden Jahren modernisiert. Die Regierungen der beiden westafrikanischen Staaten vereinbarten am Dienstag, dass die Arbeiten an der veralteten Handelsader zwischen ihren Hauptstädten Ouagadougou und Abidjan am 15. September 2017 beginnen sollen. Dies war bereits vor zwei Jahren schon einmal angekündigt worden, ohne dass wirkliche Schritte folgten.

Die Ursprünge der einspurigen und nicht elektrifizierten Bahnlinie zwischen der Sahelzone in Burkina Faso und der ivoirischen Atlantikküste gehen auf das späte 19. Jahrhundert zurück, als die Kolonialmacht Frankreich nach Wegen suchte, den Sahel im Innern des afrikanischen Kontinents mit seinen Handelshäfen an der Küste zu verbinden. Nach jahrelangen Bauarbeiten mit zahlreichen Unterbrechungen wurde die Verbindung erst 1954 fertiggestellt. Besonders für das zu den ärmsten Ländern der Welt zählende Burkina Faso ist die Bahnlinie ins Nachbarland von grosser Bedeutung, um Baumwolle und Mangan-Produkte an die Küste zu bringen und Öl, Zement und Dünger zu importieren. Aufgrund des schlechten Zustands der Schienen sowie der veralteten Lokomotiven und Waggons können die Züge derzeit allerdings nur mit begrenzter Geschwindigkeit zwischen Ouagadougou und der Küstenmetropole Abidjan rollen.

Wie die Regierungen der beiden Staaten und das Betreiberunternehmen Sitarail in Ouagadougou in einem Abkommen festhielten, sollen ab Mitte September 2017 für die Modernisierung der Strecke und des Fuhrparks in den kommenden Jahren 400 Millionen Euro ausgegeben werden. Die erste Bauphase ist auf vier Jahre angesetzt und wird mit etwa 130 Millionen Euro zu Buche schlagen, wie Burkina Fasos Aussenminister Alpha Barry mitteilte. Wann das Infrastrukturprojekt abgeschlossen sein soll, sagte Barry allerdings nicht.

Bereits im September 2015 war eine Renovierung der Strecke angekündigt worden, ohne dass im Anschluss viel passierte. Ein Jahr später musste der Zugverkehr für zwei Wochen unterbrochen werden, nachdem eine Brücke in der Côte d'Ivoire bei der Überfahrt eines Frachtzuges zusammenbrach, ohne dass Menschen zu Schaden kamen.

20.01.2017

Fischflotten räubern vor Westafrika

Von Westafrika bis Zentralafrika reichend sind 37 Fischarten wegen Überfischung vom Aussterben bedroht. 14 weitere sind als gefährdet eingestuft, berichtete die Weltnaturschutzunion IUCN nach einer Bestandsaufnahme in den Gewässern von Mauretanien bis Angola. Neben der Überfischung sind die Fischbestände auch durch Gewässerverschmutzung und Klimawandel bedroht.

Zahlreiche westafrikanische Küstenländer hätten nicht die Kapazität, ihre Fischzonen zu überwachen. In vielen Ländern mache die illegale Fischerei 40 Prozent aus, so der Bericht. Die IUCN untersuchte in der Region 1288 Arten von Knochenfischen in der Kategorie mit den meisten Fischarten.

2012 hatte Greenpeace die Europäer angeprangert. Fast ein Viertel des EU-Fischfangs werde in internationalen Gewässern und auch in den Hoheitsgewässern westafrikanischer Länder wie Guinea, Senegal und Mauretanien erbeutet, schrieb Greenpeace. Auch die Umweltstiftung WWF nannte die Europäische Union einen lukrativen Zielmarkt für illegale Fischerei. Nach Schätzungen aus dem Jahr 2007 würden allein in die EU jedes Jahr

mindestens 500.000 Tonnen illegal gefangener Fisch mit einem Wert von etwa 1,1 Milliarden Euro importiert.

"Die Transparenz der europäischen Fischerei hat heute Modellcharakter", sagte nun aber Idriss Deffry, IUCN-Koordinator in Senegal. Sowohl die Position der Boote als auch der Fischfang würden permanent überwacht. Anders gehe es bei anderen Flotten zu. Sie fischten zwar oft mit gültigen Lizenzen, oft werde aber die Fangmenge falsch deklariert. Unter den ausländischen Booten vor Westafrika ist das chinesische Kontingent am grössten.

400 Millionen Menschen sind in Westafrika und benachbarten Staaten auf die Fische als Nahrungsmittel oder zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts angewiesen, schiebt die IUCN in ihrem Bericht. "In einer Weltregion, in der die Bekämpfung der Armut eine Herausforderung bleibt, ist der Erhalt der reichen Fischvielfalt ein Beitrag zur Lebenssicherung der Anwohner", meinte IUCN-Direktorin Inger Andersen.

Die Artenschutzorganisation hat sowohl staatliche Vertreter wie Ministerien als auch gemeinnützige Tier- und Umweltschutzorganisationen als Mitglieder. Sie unterhält die Rote Liste gefährdeter Arten.